

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg werden auch eine Reihe von Anträgen der Fraktion Marburger Linke verhandelt und abgestimmt. Zu den Anträgen.

Mit zwei dringlichen Anträgen nimmt die Fraktion Anregungen von Marburger BürgerInnen auf, die sich um den Zustand der Anbindung Marburgs an den öffentlichen Personenverkehr auf der Schiene sorgen. Nach winzigen redaktionellen Änderungen sind die anderen Fraktionen beiden Anträgen beigetreten.

Mit dem Fahrplanwechsel der Bahn drohen vor allem Marburger PendlerInnen, aber auch den anderen Nutzern des Öffentlichen Personenverkehrs (ÖPV), gravierende Verschlechterungen bei den Zugverbindungen. Vor allem die Verbindungen nach Frankfurt werden ungünstiger. Die Marburger Linke fordert daher Stadtverordnetenversammlung und Magistrat der Stadt Marburg auf, im Sinne der NutzerInnen des ÖPV tätig zu werden. Georg Fülberth, Fraktionsvorsitzender der Marburger Linken sagt: "Die Forderung nach einem Ausbau des Öffentlichen Verkehrs wird von allen politischen Gruppierungen getragen. Sie sind wohlfeil. Wenn es ernst wird, verschlechtern sich die Rahmenbedingungen für den Öffentlichen Verkehr jedoch immer wieder. Dies sollten weder die Stadtverordneten, noch der Magistrat widerspruchslos hinnehmen."

Auch die Befürchtungen mancher MarburgerInnen wegen des Bahnhofumbaus thematisiert die Marburger Linke. Laut Presseverlautbarungen der Deutschen Bahn AG, könne es wegen des gleichzeitigen Umbaus mehrerer Bahnhöfe in Mittelhessen und der Funktion der Main-Weser-Bahn als Umleitungsstrecke der Bahn zu Terminverschiebungen kommen. Zugesagt war der Beginn des Umbaus für das Frühjahr 2010. Die Stadtverordneten und der Magistrat sollten deutlich sagen, dass sie eine Verzögerung durch die Bahn nicht hinnehmen wollen, so Fülberth weiter. Schließlich beteilige sich die Stadt finanziell an den Kosten des Bahnhofumbaus und habe somit ein Recht auf den zugesagten Baubeginn.